

Deutsch-französische Spaltung

Nationale Divergenzen in der europäischen Energiepolitik

Jean-Marc Trouille*

» Im Januar 2009 endete plötzlich, und auf eher glanzlose Weise, eine bis dahin jedoch fruchtbare deutsch-französische industrielle Kooperation im Nuklearbereich zwischen *Siemens* und *Areva*. Wie konnte es nur zu diesem neuesten Versagen deutsch-französischer Industriepolitik kommen? Welche Konsequenzen lassen sich daraus für Europa und für zukünftige deutsch-französische Zusammenarbeit im Atomsektor ziehen?

Gemeinsam mit all ihrem Fachwissen hatten zehn Jahre lang deutsche und französische Ingenieure und Atomexperten den höchstentwickelten Reaktor auf dem Weltmarkt, den Druckwasserreaktor der dritten Generation EPR (*European Pressurised Reactor*), entwickelt. Da es *Siemens* trotz mühsamer Anstrengungen nicht gelang, seinen 34-prozentigen Anteil am Kapital von *Areva Nuclear Power* zu erhöhen und damit seinen Einfluss auf das Kerngeschäft zu konsolidieren, entschloss der deutsche Partner sich aus dem Gemeinschaftsunternehmen zurückzuziehen. Kaum hatten die deutschen Medien begonnen, über diese „erneute Niederlage gegen die französische Industriepolitik“ und den „Verlust der industriellen deutschen Kernkompetenz“ zu beklagen, schmiedete *Siemens* unmittelbar nach dem Bruch mit *Areva* eine neue Allianz mit Russlands staatlichem Nuklearunternehmen *Rosatom* und bereitete damit den Boden für einen neuen Rivalen, der Atomreaktoren gleichzeitig entwerfen, bauen und betreiben wird.

Deutsch-französische Divergenzen

Seit einiger Zeit hatte die Atom-Debatte die deutsch-französischen Beziehungen schwer belastet. Schon vor zehn Jahren, als der Joint Venture

Divergences franco-allemandes

Le fossé est grand entre la France et l'Allemagne en politique énergétique. Alors que l'atome représente, avec un parc nucléaire de 58 centrales, environ 80 % des sources d'énergie auxquelles la France a recours, l'Allemagne ne compte que 17 réacteurs (voir la liste dans ce numéro).

Les défenseurs de l'énergie nucléaire font valoir que les centrales ne produisent pas de CO₂, ce qui explique qu'en Europe occidentale la France enregistre le taux d'émissions le plus bas avec 6,8 tonnes par personne et par an, contre 10,2 tonnes en Allemagne.

Le débat sur le dioxyde de carbone a quelque peu éclipsé celui des déchets nucléaires qui a incité le gouvernement allemand du chancelier Gerhard Schröder en 2000 à définir un calendrier de sortie du nucléaire. La coalition chrétienne-libérale de la chancelière Angela Merkel semble plus acquise au nucléaire, malgré une ferme opposition de l'opinion publique (53 % d'opposants selon les sondages). Même si un consensus devait être trouvé avec les défenseurs de l'environnement, il est peu probable que de nouvelles centrales nucléaires sortent de terre dans un avenir immédiat en Allemagne. Réd.

* Jean-Marc Trouille ist Inhaber des Jean-Monnet-Lehrstuhls für *European Business Management* und Industriepolitik an der *School of Management* der Universität Bradford, Großbritannien.

2001 mit *Framatome* begann, beklagte sich der ehemalige Hauptgeschäftsführer von *Siemens*, Heinrich von Pierer, der Nuklearsektor repräsentiere zwar nur 5 % des Firmenumsatzes, dafür aber 95 % seiner Sorgen. Als im Juli 2007 Staatspräsident Nicolas Sarkozy die Aufmerksamkeit darauf lenkte, dass *Siemens* wichtiger Anteilseigner von *Areva* sei, obwohl östlich des Rheins der Atomausstieg zum Kredo der Energiepolitik gehöre, waren bevorstehende Konflikte schon vorprogrammiert. Bis zu jenem Zeitpunkt hatte *Siemens* die Nuklearkooperation mit *Areva* als Eckpfeiler seines doppelten strategischen Ziels betrachtet.

Erstens ging es für die Münchner Strategen darum, dass ihr Unternehmen in einem zukunfts-trächtigen karbonfreien Energiesektor wichtiger Mitspieler bleibt. Zweitens, dass trotz der deutschen Entscheidung, sich aus der Atomenergie zurückzuziehen, das in diesem Feld erworbene technologische Wissen nicht verloren geht. Jedoch war für *Siemens* der Grad an Ungewissheit zu hoch, um die Zusammenarbeit mit den französischen Partnern fortzusetzen, da Nicolas Sarkozy kein Hehl mehr aus seinen Plänen machte, durch Firmenzusammenführung zwischen *Areva*, *Bouygues* und *GDFSuez* einen rein französischen „Atomchampion“ ins Leben zu rufen. Die unerwartet hohen Kosten für den finnischen EPR brachten für *Siemens* das Fass zum Überlaufen. Diese neue Scheidung in einer deutsch-französischen Allianz, die nun aber eine der wenigen wirklich erfolgreichen industriellen Kooperationen be-

trifft, die Berlin und Paris jemals gemeinsam zustande gebracht haben, mag wohl eine Mahnung angesichts der allzu häufigen Schwierigkeiten sein, die entstehen, sobald sich Staatspolitik in strategische Firmenentscheidungen einmischt.

Die Atomfrage: Ein Zankapfel

Obwohl Deutschland und Frankreich in vielerlei Hinsicht eng miteinander verbunden sind und im politischen Bereich häufig eine gemeinsame Stellung vertreten, lässt ihre Kooperation in wichtigen Feldern wie makroökonomische Koordinierung, Fiskalpolitik und Industriepolitik viel zu wünschen übrig. Die Atompolitik gehört zu diesem Spannungsfeld deutsch-französischer Rivalitäten, in dem Wirtschaftsnationalismus die bilaterale Kooperation erheblich erschwert.

Was die Atomfrage betrifft, vertreten Berlin und Paris weit auseinander liegende Standpunkte, die auf zwei gegenseitigen Strategien beruhen. Die Dämonisierung der Atomkraft ist Bestandteil der deutschen politischen Kultur. Seitdem die politische Entscheidung 2000 getroffen wurde, aus der Kernenergie auszusteigen, hat Berlin innerhalb eines dem Atom gegenüber in zunehmendem Maße freundlich gesonnenen Europas einen absoluten Sonderweg eingeschlagen. Mittlerweile wollen nicht nur Frankreich, Italien und Großbritannien die Kernkraftproduktion massiv ausbauen. Auch traditionell sehr umweltbewusste Länder

Areva

Areva wurde 2001 als *Société des participations du Commissariat à l'énergie atomique* durch den Zusammenschluss der französischen Unternehmen *CEA-Industrie*, *Cogema*, *Framatome* und *FCI* gegründet. Der Name des französischen Nuklearkonzerns ist keine Abkürzung, sondern eine Entscheidung seiner Vorstandsvorsitzenden Anne Lauvergeon, die aus einer Liste spanischer Klöster diesen Namen aussuchte. Die Unternehmensgruppe besteht aus sechs Filialen:

- ¹ *Areva NC (Nuclear Cycle)*, ehemals *Cogema* (betreibt unter anderem die Wiederaufarbeitungsanlage von La Hague, wo auch der deutsche Atommüll verarbeitet wird)
- ¹ *Areva NP (Nuclear Power)*, früher *Framatome ANP* (konzipiert und baut Kernkraftwerke)
- ¹ *Areva T&D* (hat *Alstom T&D* übernommen und liefert Strom)
- ¹ *Areva TA*, ehemals *Technicatome* (zuständig für nukleare Forschungsreaktoren)
- ¹ *Euriware*, Beratungsgesellschaft
- ¹ *Areva R (Renewable)*, für erneuerbare Energien.

wie die Schweiz, und neuerdings auch Schweden, kommen zu der Erkenntnis, dass sie bis auf weiteres nicht ohne Atomenergie auskommen.

Diametral der deutschen Haltung entgegen gilt Paris als der vermutlich am meisten begeisterte Atomfan Europas. Frankreich ist fest entschlossen, seine Position als europäischer Atomstaat Nummer eins weiter zu konsolidieren und von den großen Wachstumsmöglichkeiten zu profitieren, die die derzeitige Renaissance der Atomenergie voraussehen lässt. Durch den Verkauf von Atomtechnik will Nicolas Sarkozy gleichzeitig Frankreichs außenpolitische Rolle stärken und die lahrende Außenhandelsbilanz Frankreichs anheizen. Zwar verfügt der französische Staat nicht mehr wie damals über die zahlreichen Hebel, die ihm bis in die 1980er-Jahre hinein erlaubten, eine besonders aktive interventionistische Industriepolitik zu führen. Jedoch sind staatliche Industriestrategen und die französische Atomlobby miteinander verwoben, und für sie ist die „Championspolitik“ eine Selbstverständlichkeit.

Die Kluft zwischen beiden Ländern spiegelt sich eindeutig in ihrem jeweiligen Energiemix wider. Im französischen Energiemix sind mit einem 80-prozentigen Anteil die Weichen schon längst eindeutig auf Nuklearstrom gestellt worden, während in Deutschland der Atomstromanteil im Vergleich derzeit nur 23 % erreicht. Mit einem Nuklearpark von 58 Atommeilern zählt Frankreich zu den Spitzenreitern der Kernenergie, einer Energie, die allerdings angesichts der Klimaerwärmung den schätzenswerten Vorteil bringt, CO₂-frei zu sein. Im Vergleich dazu sind in Deutschland 17 Kernkraftwerke im Betrieb (siehe Tabelle in diesem Heft). Angesichts solcher Zahlen ist es nicht überraschend, dass Frankreich in Westeuropa mit 6,8 Tonnen pro Person und pro Jahr den zweitniedrigsten CO₂-Ausstoß hat, während Deutschland mit 10,2 Tonnen jährlich über die Hälfte mehr CO₂ pro Einwohner als Frankreich oder Schweden erzeugt.

Jenseits ihrer engen deutsch-französischen Dimension hat jedenfalls die gescheiterte Atomkooperation zwischen *Areva* und *Siemens* auch europaweite Konsequenzen, da sie auf die Unzulänglichkeit der Energiepolitik der Europäischen Union hinweist.

Neuer Wettbewerber

Als direkte Konsequenz dieser letzten deutsch-französischen Spaltung entsteht innerhalb der weltweiten Atomliga ein neuer europäischer Akteur mit dem, neben *Areva*, *Toshiba-Westinghouse*, *General Electric* und *Mitsubishi*, zukünftig auch gerechnet werden muss. Denjenigen, die sich über das Eindringen russischer Staatskonzerne innerhalb europäischer Energiemärkte Gedanken machen, ist nicht entgangen, dass die neue gemeinsame deutsch-russische Gesellschaft nicht, wie von *Rosatom* dargestellt, eine Partnerschaft unter Gleichen ist, da die russische Seite dank einer zusätzlichen Aktie tatsächlich über die Aktienmehrheit verfügt. *Siemens*, die bislang nur konventionelle Produkte wie Dampfturbinen und Leitstellen baute, hofft in dieser neuen deutsch-russischen Kooperation den größeren Einfluss zu haben – den *Arevas* Hauptanteilseigner, der französische Staat, verhinderte – und auch vom Geschäft mit Reaktoren und Brennelementen zu profitieren. Ob dies die russischen Partner genehmigen, bleibt abzuwarten. Wie dem auch sei, ist es zweifelsohne im unmittelbaren Interesse Europas, zwischen europäischen und russischen Energieversorgern so viel gegenseitige Abhängigkeit wie möglich zu schaffen, und dadurch die Bindungen zwischen Russland und der Union, vor allem im Energiesektor, zu verstärken.

Auf den Weg zu mehr Kohäsion?

Die deutsch-französische Atomscheidung ist symptomatisch für die Risse, die auf europäischer Ebene auftauchen, sobald es darum geht, die Energiemärkte der EU-Mitgliedsstaaten enger zueinander zu bringen. In ihren Bemühungen, eine gemeinsame Energiepolitik auf den Weg zu bringen, muss die EU gleichzeitig einem dreifachen Dilemma entgegenkommen: Energieversorgung sichern, CO₂-Emissionen reduzieren und wettbewerbsfähige Energiepreise gewährleisten. Die Renaissance der Atomindustrie in Europa versteht sich als mögliche Antwort zu diesen kombinierten Herausforderungen. Dieses Wiederaufleben einer besonderen Industrie, für die eine enge Zusammenarbeit zwischen Firmen sowie zwischen

Staaten als wichtige Voraussetzung gilt, ist für den europäischen Atomsektor sowie für die EU von strategischer Bedeutung.

Was zunächst den europäischen Atomsektor betrifft, wird allgemein erwartet, dass trotz der Wirtschaftskrise der weltweite Atommarkt rasch wachsen wird. *Siemens*-Prognosen gehen davon aus, dass in den nächsten zwanzig Jahren nicht weniger als 400 neue Kernkraftwerke mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 1000 Milliarden Euro weltweit in Auftrag gegeben werden. Die Europäer werden innerhalb der kommenden zwanzig Jahre rund die Hälfte ihrer Anlagen durch neue ersetzen müssen. Allein in Russland werden in den nächsten zwölf Jahren 26 neue Atomkraftanlagen geplant, was für *Areva* sowie für *Siemens* wichtige potenzielle Geschäfte bedeutet. Die Wichtigkeit des russischen Marktes ist deutschen Firmen nicht entgangen, und *Siemens*, dank des Zusammentuns mit *Rosatom*, hat schon einen Fuß in der Tür. Selbst in der europäischen Union baut *Areva* zurzeit zwei EPR der dritten Generation in Finnland und Frankreich, allerdings mit langen Verzögerungen und hohen zusätzlichen Kosten. Die britische Entscheidung, 23 neue Anlagen zu bauen, hat auch zur Akzeptanz dieser CO₂-freien Energiequelle beigetragen, die damals nach dem Tschernobyl-Unfall diskreditiert wurde.

Eine Herausforderung für Brüssel

Diese Entwicklung zeigt, wie wichtig die politische Herausforderung ist, die auf die EU zukommt. Es wäre im allgemeinen Interesse aller Europäer, Nuklearenergie als Gemeingut zu behandeln, sich ihre Erzeugung auf Unionsebene anzueignen, und sie damit zu europäisieren. Die EU-Kommission sollte die dafür notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen, damit Nachhaltigkeit in Bezug auf Sicherheit, Versorgung, Atommüllmanagement, Langzeitfinanzierung und Kreditbürgschaften für den Bau neuer Anlagen gewährleistet werden kann. Die Kommission sollte auch Kooperationen zwischen Mitgliedsstaaten in der Einführung spezifischer Trainingsprogramme fördern, weitreichende Fragen in Bezug auf Risikoverteilung klären, und eine wirkliche unterneh-

merische Verantwortungsstrategie entwickeln, um dem Risiko nuklearer Proliferation vorzubeugen. Nuklearenergie sollte im Europäischen Energiemix einbegriffen sein, da sich in diesem Mix alle Energiequellen ergänzen. Es wäre auch eine Notwendigkeit, die gesamten Stromnetzanschlüsse aller Mitgliedsstaaten besser aneinander zu koppeln und durch ganz Europa zu vernetzen. Intensivere Vernetzung zwischen Stromtransportnetzwerken würde Kooperationen erleichtern und Investitionen anziehen. Doch damit ein übernationaler Gesamtstrommarkt in Europa entsteht, muss zuerst ein Bruch mit nationalen Betrachtungsweisen erreicht werden. Weitere Marktöffnung sowie mehr zwischenstaatliche Kooperationsvereinbarungen innerhalb Europas sind wichtige Bestandteile dieses Lernprozesses.

Konvergenz trotz alledem?

Atomkraft bleibt nach wie vor an erster Stelle eine nationale Angelegenheit. Wenn die EU eine gemeinsame nachhaltige Energiepolitik in Bezug auf Sicherheit, Versorgung, Investition und Atommüllmanagement aufbauen will, dann wird sie den breitmöglichsten Konsens erreichen müssen. Wie immer wird dafür eine deutsch-französische Verständigung erforderlich sein. Zwar kann sie in der EU-27 nicht reichen, aber sie wäre ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Zusammenhalt in dieser zu entwickelnden europäischen Energiepolitik.

Paradoxerweise könnte es nun, ein Jahr nach dem Scheitern der Nuklearkooperation zwischen *Areva* und *Siemens*, zu einer Annäherung kommen. Anstatt die mangelnde Kohärenz der atomkritischen Deutschen anzuprangern, weil sie zuhause Atomabkehr predigen und zur gleichen Zeit die technologische Kernkompetenz von *Siemens* erhalten wollen, breitet der französische Staatspräsident dem Nachbarland nun die Arme aus. Da die Atomenergie eine kapitalintensive Branche ist, für die milliardenschwere Investitionsprogramme benötigt werden, hofft er bei ihrer Weiterentwicklung auf ausländische Partner wie Deutschland.

Jedenfalls gibt es auch auf deutscher Seite Zeichen, die darauf deuten, dass Berlin und Paris im Atombereich besser zusammenarbeiten wollen und können. Unlängst berichtete die Pariser Tageszeitung *Le Figaro*, der deutsche Stromkonzern *Eon* werde sich vermutlich an dem Neubau eines zweiten EPR-Druckwasserreaktors in Frankreich als fünfter Partner neben EDF, *GDF-Suez*, *Total* und *Enel* beteiligen, und rund 8 % der Anteile erhalten. Hinzu kommt, dass die von der neuen Berliner Regierungskoalition vertretene Meinung über die Atomenergie mehr pragmatisch als dogmatisch ist. Sie erkennt, dass für eine ausgewogene Energiepolitik die Kernenergie wenigstens als Brückentechnologie über das Jahr 2020 hinaus nötig ist, und sie hat die Laufzeitverlängerung mancher auf deutschem Boden aktiven Atommeiler durchgesetzt. Zwar kann in einem

Land, wo laut Umfragen 53 % der Bevölkerung gegenüber Kernenergie eine feindliche Einstellung hat, der gesetzlich festgeschriebene langfristige Ausstieg aus der Kernkraft nicht ohne weiteres aufgekündigt werden. Jedoch wird sich die öffentliche Meinung allmählich dessen bewusst, dass regenerative Energiequellen noch nicht genügen, um die Klimaerwärmung zu bremsen, und dass im Energiemix die Atomenergie als klimafreundliche Übergangstechnologie unabdingbar ist.

Gerade angesichts ihrer völlig verschiedenen Ausgangssituationen besteht für Deutsche und Franzosen die Möglichkeit, aus vergangenen Konflikten zu lernen und dazu beizutragen, eine konstruktive, kohärente und nachhaltige europäische Energiepolitik mitzugestalten, die in ihrem Mix auch die Atomkraft integriert.

Peu d'atomes crochus

En 2001 *Siemens* et *Framatome* avaient conclu une *joint venture* dans le domaine nucléaire pour le développement de réacteurs de troisième génération (EPR, réacteur pressurisé européen). Dès le début, l'un des principaux dirigeants de *Siemens*, Heinrich von Pierer, avait constaté avec amertume que le secteur nucléaire de son entreprise ne représentait que 5 % du chiffre d'affaires, mais 95 % de ses problèmes. Au lendemain de son élection à l'Élysée, le président Nicolas Sarkozy n'avait pas manqué de relever publiquement que *Siemens* était le principal actionnaire d'*Areva*, alors que l'Allemagne prônait sa sortie de l'option nucléaire. Dans le même temps, le chef de l'État ne cachait pas son intention de faire de l'alliance entre *Areva*, *Bouygues* et *GDF-Suez* un champion « purement français » de l'atome. Malgré tous ses efforts, *Siemens*, qui voulait consolider sa position et son influence au sein du consortium *Areva Nuclear Power*, n'a pas réussi à augmenter sa participation de 34 % au capital. La firme allemande a donc décidé en janvier 2009 de se retirer pour sceller une nouvelle alliance avec l'entreprise nucléaire russe *Rosatom*. Selon les prévisions de *Siemens*, le marché mon-

dial de l'atome devrait bientôt se développer malgré la crise financière et économique. On estime que dans les deux prochaines décennies pas moins de 400 nouvelles centrales nucléaires devraient être construites, soit un investissement de plus de 1000 milliards d'euros dans le monde entier. Les Européens devront remplacer environ la moitié de leurs réacteurs. En Russie, 26 nouvelles centrales sont prévues dans les douze prochaines années. *Areva* construit actuellement deux réacteurs de troisième génération EPR et la Grande-Bretagne a décidé la construction de 23 nouvelles centrales.

Dans son analyse de ces nouvelles divergences franco-allemandes, Jean-Marc Trouille, qui détient la chaire Jean Monnet de management d'entreprises européennes et de politique industrielle à l'École de management de l'université de Bradford (Royaume-Uni), estime qu'une politique énergétique durable devrait être définie par l'Union européenne pour garantir l'approvisionnement énergétique, la gestion des déchets nucléaires et la réduction des émissions de CO₂. Selon l'auteur, une coopération franco-allemande, avec le concours d'autres pays de l'Union, s'imposera pour aboutir à une telle politique.

Réd.